

Die Ameise.

Erscheint jeden Freitag.
Vierteljährlicher Abonnementspreis für Nichtmitglieder 60 Pf. = 36 Kr. Oesterr. Währ. —
Expedition: C. Kopsstraße 25.
Alle Postanstalten u. Zeitungs-Expeditionen nehmen Bestellungen an.

Organ des Gewerksvereins der Porzellan-, Glas- u. verw. Arbeiter.

Herausgegeben unter Mitwirkung der Vereins-Vorstände und Mitglieder

von

General-Rath.

Redakteur: Hugo Polke,
C. Kopsstraße 25.

Insertionsgebühr für die gewöhnliche Zeile 20 Pf. = 12 Kr. Oesterr. Währ. — Arbeitsmarkt 15 Pf. = 9 Kr. Oesterr. Währ.

Für Zusendung v. Offerten unter Chiffre durch die Redaktion resp. Expedition werden 25 Pf. = 15 Kr. Oesterr. Währ. als Vergütung erhoben.

Nr. 47.

Berlin, den 24. November 1876.

Dritter Jahrgang.

Das Schlaraffenland der Socialdemokraten.

II.

Dem arbeitenden Volke soll der Ertrag seiner eigenen Arbeit gesichert werden. Das klingt im ersten Augenblick so, daß das Wetter drein schlagen müßte, wenn Jemand meinen wollte, es sollte anders gehalten werden. Wenn nur die Arbeitsverhältnisse nicht so verwickelt wären! Ein Schriftsteller hat ein Buch geschrieben und überweist es einem Verleger, der 1000 Thaler daran wagt, es drucken läßt und den Buchhändlern zum Vertrieb übersendet. Hier spürt man schon, wie schwierig die Abrechnung über den Ertrag ist. Schriftsteller, Verleger, Setzer, Drucker, Buchhändler, Kolporteur u. s. w. müssen sich in den Erwerb theilen. Nach welchen Grundsätzen? Wer hat zu ermessen: hier ist der Ertrag Deiner eigenen Arbeit? Ist der Schriftsteller bisher unbekannt gewesen und macht sein Werk Aufsehen, so kann es leicht der Fall sein, daß der Verleger den größten Gewinn einstreicht, während der Verfasser den kleineren Theil bezieht. Ist der Verleger anständig, oder sagen wir lieber versteht er sich recht auf seinen Vortheil, so wird er dem Schriftsteller vielleicht mehr als ausbezahlen, herauszahlen. Bei dem zweiten Buche aber, das derselbe Schriftsteller herausgibt, wird dieser, nachdem er so berühmt geworden, schon von vorn herein mehr Ansprüche machen können, während der Verleger, der vorher viel und jetzt wenig zu riskiren hat, mit geringerem Verdienst zufrieden sein wird. Ein anderes Beispiel: Ein Bauer hat sein Lebtage wacker gearbeitet, von seinem Gewerbe sich ein Gütchen gekauft, ist alt geworden und muß sich zur Ruhe setzen. Ein Pächter bewirtschaftet das Gütchen, arbeitet fleißig, soll aber nicht den ganzen Ertrag seiner Arbeit behalten, sondern dem andern, der sich zur Ruhe gesetzt hat, den weitaus größeren Theil des Verdienstes als Pachtzins bezahlen. Soll denn da auch noch das Wetter drein schlagen, daß ihm der Ertrag seiner eigenen Arbeit nicht gesichert ist, oder wäre es nicht vielmehr ein böses Unrecht, wenn der alte Besitzer plötzlich das Nachsehen haben und mit Weib und Kind auf Almosen angewiesen sein soll?

Merke: mit der Arbeit und dem Arbeitsertrage, sowie mit der Verteilung desselben hat es so seine eigene Bewandniß. Mit zwei Worten und einem raschen Sprung kommt wohl der Socialdemokrat, der ein Tausendkünstler ist, über diese schwierigen Verhältnisse hinweg; der Kleinbürger und der Kleinbauer aber urtheilen bedächtiger und sehen sich die Sache erst von allen Seiten an, ehe sie den Sprung mitmachen, den heutigen Staat umstürzen und das socialdemokratische Reich aufrichten. Wie dieses beschaffen sein soll, werden wir im Folgenden sehen.

Es gehört zur Fehlwaise der Socialdemokraten, daß sie ihre Agitationen, ihre Ansprachen an das Volk mit Beschwerden beginnen, welche gerecht sind oder wenigstens einen berechtigten Kern haben, daß sie Behauptungen aufstellen, deren Wahrheit so einleuchtend ist, daß Alle zur Zustimmung angeregt werden, daß sie Beispiele aus den nächsten Kreisen des Lebens vorführen, welche Jeder sofort als zureichend erkennt, und daß sie dann, wenn die Neigung der Zuhörer zur Zustimmung angefeuert und die Kritik eingeschlafert ist, plötzlich eine Wendung und ein F. für ein U. machen, indem sie an die ganz richtigen Vorderseite Nachsätze anreihen, welche völlig phantastisch und ohne alle Grundlage sind. Unsere Braunschweiger Broschüre handelt nach diesem Recept mit vielem Geschick. Im Vorderzuge wendet sie sich mit großer

Entrüstung gegen den Vorwurf, welcher den Socialdemokraten gemacht wird, daß sie nämlich theilen wollen, und sagt, daß solches Theilen ja ganz verwerflich und unsinnig wäre, im Nachsage aber erklärt sie ganz unverblümt, daß es nicht eher besser in der Welt werden könnte, bis die Besitzverhältnisse geändert sein würden. Gegen das Wort Theilen verwehrt sie sich freilich auch hier noch mit vielem Eifer, weil es ihr vor allem darauf ankommt, die große Zahl der Kleinbesitzer nicht stutzig zu machen.

Ist nicht, wendet sie selbst ein, die Vermuthung begründet, daß die Socialdemokraten in ihrem Streben zu weit gehen? Es wäre ja recht schön, wenn es ermöglicht werden könnte, daß Diejenigen, die arbeiten, von Noth und Sorge befreit und dagegen Diejenigen, welche bisher nicht gearbeitet haben, gezwungen würden, ebenfalls zu arbeiten. Das wäre recht wünschenswerth, aber scheint es nicht fast so, als ob die Socialdemokraten Feinde des Eigenthums sind und ist nicht Jeder, der ein Eigenthum erworben hat — vielleicht mit Mühe, Noth und Entbehrung — durch die Socialdemokraten in seinem Besitze bedroht? Sind sie nicht Kommunisten? Hierauf ergeht sich die Broschüre in längerer Auseinandersetzung über die Frage: „Was ist Kommunismus?“ „Wenn wir, sagt sie u. A., die Augen aufmachen und uns in der Welt umsehen, so finden wir viele wohlthätige und nützliche Einrichtungen, welche von vielen oder von Allen gemeinsam getroffen sind. Hier thut man sich in Berlin zusammen, vielleicht um Schiffbrüchige zu retten; dort baut die Gemeinde ein Schulhaus oder der Staat eine Chauffee. Im gewöhnlichen Leben denkt Jeder nur an sich, aber in solchen Fällen, wie ich sie eben nannte, treten die Menschen zusammen zur Förderung eines gemeinsamen Zweckes. Und es ist die Erfahrung gemacht worden, daß sie sich dabei außerordentlich gut stehen; Jeder, der auch nur ein wenig nachdenken will, wird sich sagen, daß seine eigene Wohlfahrt durch solche gemeinsame nützliche Einrichtungen sehr gefördert wird. Was wären die Menschen ohne die gemeinschaftlich gebauten Wege, ohne die für Rechnung Aller eingerichteten Schulen (— so mangelhaft diese auch noch immer sind —)? Wie würden wir es schmerzlich empfinden, wenn plötzlich die Versicherungsgesellschaften nicht mehr beständen, die doch weiter keinen Zweck haben, als den: auf die Schultern vieler Menschen jenen Schaden abzuwälzen, der den Einzelnen empfindlich treffen, vielleicht ihn vollständig ruiniren würde? So könnte ich tausend andere Dinge nennen, aber die genannten gemeinschaftlichen Einrichtungen genügen. Alle diese Einrichtungen sind ein Stück Kommunismus. Denn der Kommunismus ist nichts weiter als das Prinzip der gemeinsamen Interessen.“ „Wer sich als einen Feind des Kommunismus erklärt, erklärt sich als einen Feind der gemeinschaftlichen Interessen, als einen Feind der Menschheit.“ — „Der Kommunismus ist nicht zu zerstören, er beruht wie der Egoismus auf der Menschennatur!“

Hier sind wir dem Socialdemokraten bis in die Mitte seiner Verstockungen gefolgt und hier wollen wir ihn mit einer leichten Handbewegung niederwerfen, die Grundlage, auf welcher er sein System aufgerichtet hat, erschüttern und sein leichtes Kartenhaus auseinanderblasen. Er sagt selbst, und dieses Wort ist sicherlich wahr und wird von Jedem unterschrieben werden, daß der Kommunismus, wie er in den oben angeführten Beispielen geschildert wird, eben so wie der Egoismus auf der Menschennatur beruht. Nun wohl, was auf der Menschennatur beruht, ist nicht zu zerstören, also auch der Egoismus nicht. Mit

der Alleinherrschaft des Kommunismus kann es demnach nimmermehr etwas werden, man müßte denn die Menschennatur zerstören, das Reich der Todten aufrichten.

(Fortsetzung folgt).

Protokoll der 3. ordentlichen Generalversammlung zu Rudolstadt.

verhandelt den 23. bis 27. September 1876.

(Schluß des 3. Sitzungstages.)

Es steht der Antrag Schramberg zur Berathung, die „Ameise“ nicht mehr obligatorisch beizubehalten, event. auf 3 Mitglieber nur ein Exemplar zu halten. Zunächst erklärt sich Hr. Paesler gegen den Antrag; die Annahme desselben sei schon in Rücksicht auf die neu zu gründende Krankenkasse, für die die „Ameise“ als Publikationsorgan benutzt werden solle, unthunlich. Auch würde der Antrag die Möglichkeit der genügenden Abwehr ungerechter Angriffe auf den Gen.-Rath beschränken, wogegen er sich ganz entschieden erklären müsse. Hr. Hellmig spricht ebenfalls gegen den Antrag und widerlegt eingehend die Motive desselben. Nachdem darauf Bey und Paesler nochmals gegen, Winter für den Antrag Schramberg eingetreten, wird derselbe mit 9 gegen 2 Stimmen abgelehnt. Hr. Haack beantragt 1/2 Stunde Pause zur Restauration; der Antrag wird jedoch in Rücksicht auf die dringenden Sachen, die in der nur knapp bemessenen Zeit noch zu erledigen sind, sowie in Rücksicht darauf, daß mehrere Delegirte bald abreisen müssen, abgelehnt. Der in der Vorversammlung für dringlich erklärte Antrag Charlottenburg: „den Redakteur und den General-Sekretär dahin zu verpflichten, daß die „Ameise“ mehr als bisher alle Vorkommnisse in gewerblicher und social-politischer Hinsicht behandelte“, wird, obgleich von den Antragstellern lebhaft zur Annahme empfohlen und motivirt, trotzdem abgelehnt.

Es sind währenddem verschiedene Anträge eingelaufen, welche vom Vors. zur Verlesung gebracht werden. Bey beantragt in Betreff der Besoldung des Redakteurs der „Ameise“, das Gehalt desselben auf 360 Mk. jährlich, Dollmann dagegen dasselbe auf 300 Mk. festzusetzen. Außerdem beantragt Bey, die Subvention von 5 pCt. aus der Krankenkasse für die „Ameise“ auch weiter zu zahlen. Antrag Bey, den Redakteur mit 360 Mk. zu besolden, wird abgelehnt, Antrag Dollmann mit 300 Mk. dagegen angenommen. Gleichfalls angenommen wird Antrag Bey auf Zahlung von 5 pCt. Subvention zur „Ameise“ mit 9 gegen 2 Stimmen.

Es wird alsdann auf Vorschlag Bey jetzt zur Wahl eines Redakteurs geschritten. Vorgeschlagen wird durch Hellmig Hr. Polke, der von der Versammlung auch einstimmig gewählt wird, die Wahl annimmt und verspricht, für die neu übernommene Stellung seine volle Kraft einzusetzen.

Hr. Polke beantragt: „Die Generalversammlung wolle beschließen, die „Ameise“ zu vergrößern.“ Antragsteller motivirt seinen Antrag in ausführlicher Weise, indem er Eingang die Verhältnisse des „Sprechsaal“ erwähnt und darauf hinweist, daß dieser nur noch ein Inseratenblatt sei, in keiner Weise aber die Interessen der Arbeiter vertrete, und auch sonst belehrende Artikel socialpolitischer Inhalts nicht enthalte. Ein Arbeiterblatt, das allen Anforderungen so viel als möglich genüge, habe deshalb jedenfalls die beste Aussicht auf Verbreitung in unseren Kreisen. Die „Ameise“ sei auch seines Wissens das einzige Arbeiterblatt, das in einfachem Format erscheine, und da die Mittel zur Vergrößerung da seien, die Vergrößerung auch nur ca. 6 Mk. pro Nummer mehr betragen würde, so beantrage er, diese Mehrkosten zu bewilligen. Die „Ameise“ würde alsdann, vielleicht etwas kleiner als jetzt, im Doppelformat erscheinen. Der Schatzmeister Hr. Bey legt in der Diskussion dar, daß sich die Vergrößerung der „Ameise“ ohne die Erhöhung der Beiträge dazu durchführen ließe und bringt gleichzeitig den Antrag ein, daß die Vergrößerung vom 1. Januar 1877 ab in Kraft tritt. Dollmann erklärt sich mit der Vergrößerung einverstanden, legt jedoch den Hauptwerth darauf, das Blatt möglichst vielseitig und interessant zu gestalten. Hierauf wird der Antrag Polke auf Vergrößerung der „Ameise“, sowie der darauf bezügliche Antrag

Bey einstimmig angenommen und die 3. Sitzung alsdann (9 1/2 Uhr) vom Vorsitzenden geschlossen.

Vierter Sitzungstag.

Der Vorsitzende eröffnet die Versammlung um 8 1/2 Uhr. Die Verlesung der Präsenzliste ergibt die Anwesenheit sämtlicher Mitglieder der Generalversammlung. Ein vor Eintritt in die Tagesordnung eingebrachter Dringlichkeits-Antrag des Hrn. Dollmann, eine Beschwerde des O. V. Gotha betreffend, wird abgelehnt und die betr. Angelegenheit bis zur Verathung des § 45 des Gewerkevereinsstatuts zurückgestellt. Alsdann wird das Protokoll des 3. Sitzungstages verlesen und genehmigt. Hr. Bey bringt hierauf die von ihm ausgearbeitete Vorlage betreffs der Verwendung des alten Krankentassenfonds als Antrag (37) ein und lautet derselbe dahin, den gesammten Fond der jetzigen Kranken- und Begräbniskasse, der nach Erfüllung sämtlicher Pflichten innerhalb der in der neuen Klasse zu überstehenden Karenzzeit noch vorhanden ist, bei der Deutschen Reichsbank zu deponiren. Dieser Fond darf nur zu Extra-Unterstützungen des bei Auflösung der alten Krankenkasse derselben noch angehörenden Mitgliederbestandes verwendet werden. Die Extra-Unterstützungen werden nur an diejenigen früheren Mitglieder der alten Krankenkasse gezahlt, welche länger als 13 Wochen ununterbrochen krank sind. In der 1. Klasse beträgt die Extra-Unterstützung 50 Pf., in der 2. Klasse 1 Mk., und in der 3. Klasse 1 Mk. 50 Pf. Die Verwaltung des Fonds wird dem neu zu wählenden Generalrat unseres Gewerkevereins übertragen. Mitglieder, welche aus dem Gewerkeverein ausscheiden oder ausgeschlossen werden, verlieren das Recht auf die Extra-Unterstützung. Falls nach Auflösung des oben bezeichneten Mitgliederbestandes noch Gelder vorhanden sind, so sind dieselben der Gewerkevereinskasse zu überweisen. Diese Bestimmungen, welche von der letzten, in dieser Frage zur Entscheidung berechtigten Generalversammlung des Jahres 1876 getroffen worden sind, dürfen in keiner Weise von einer späteren Generalversammlung geändert werden.

Der Antrag wird noch längerer, sehr lebhafter Debatte mit einem Amendement Hellmigl, die in zahlenden Extra-Unterstützungen den alten Krankentassenmitgliedern entsprechend zu berechnen und demzufolge 60 Pf. 1 Mk. und 1 Mk. 40 Pf. festzusetzen, sowie weiter mit einem Amendement Scholz: „nur so lange der alte Mitgliederbestand die Zahl 100 noch erreicht, kann durch allgemeine Mitglieder-Abstimmung derselben eine Erhöhung beschlossen werden“ einstimmig angenommen. Ebenso der von Bey eingebrachte Antrag (38): „falls eine Verbands-Frauen-Sterbekasse gegründet werden sollte, so ist der Gen.-Rath verpflichtet, den vorhandenen Mitgliederbestand der jetzigen Frauen-Sterbekasse dieser Klasse zu überweisen. Die Rechte und Pflichten der betr. Mitglieder, sowie die Bedingungen des Uebertritts sind mit den Verbandsbehörden unter Hinzuziehung des Sachverständigen zu vereinbaren. Bei der Ueberweisung ist darauf zu achten, daß die Rechte der Mitglieder vollständig sicher gestellt werden. Der nach Erfüllung der Bedingungen des Uebertritts von dem für die Frauen-Sterbekassenmitglieder deponirten Fond eine verbleibende Restsumme in dem Extra-Unterstützungsfond der Krankenkasse zu überweisen. Ebenso stehen die von den Mitgliedern der jetzigen Frauen-Sterbekasse bis zu ihrer Ueberweisung in zahlenden, mit zahlenden Beiträgen in letzteren Fond.“

Der in dem Protokoll der 51. Sitzung des Gen.-Raths erwähnte und von Bey angenommene Antrag, die Altersgrenze u. nicht nach Geburtsjahr, sondern nach Geburtsjahr zu berechnen, wird nach kurzer Mittheilung von der Versammlung gleichfalls angenommen. Hierauf gelangt der bei Verathung des Krankentassenstatuts übersehene Antrag Schlierbach (Klasse 37 Nr. 2) zur Verathung. Derselbe wird jedoch durch den Vertreter von Schlierbach, Hrn. Haas, nach kurzer Debatte in Rücksicht darauf zurückgezogen, daß derselbe, der einen etwaigen Wechsel in der Klasse nicht frühzeitig vornimmt, da er ja in ein höheres Alter eingetretet sei, dementsprechend die höheren Beiträge zu zahlen habe.

Es gelangt jetzt das Gewerkevereins-Statut zur Verathung. (Fortf. folgt.)

Bermischtes.

Zuletzt hat in Nr. 45 d. Bl. catholischen Notiz aus Flörsheim, betreffend die Frau Messerschmidt und Dienst, ist aus von letzterer eine Robustifizations-Pflanz zugegangen, in welcher der Sachverhalt eine andere Darlegung erfährt. Der Generalrat des Gewerkevereins hat in Folge dessen einen Verbandsmann mit der genauen Untersuchung der Angelegenheit betraut, und werden wir das Resultat seiner Zeit mittheilen.

Personal-Nachrichten.

Offene Antwort auf eine offene Frage

Die Befreiung der Personale über einen präventiven Antritt habe den Zweck, ein Personal zu wählen,

welches die Verpflichtung übernahm, eine Vorlage zur Regelung der Reisegeldfrage auszuarbeiten. Da eine ganze Körperschaft mit dieser Arbeit betraut werden sollte, konnte auch jedes Personal als ganzer Körper eine Stimme abgeben. Ich glaube, daß bereits die meisten Personale bei der Abstimmung von derselben Ansicht geleitet wurden. Ist die Vorlage ausgearbeitet, dann ist es wohl selbstverständlich und bedarf es erst weiter keiner Ermahnung, daß dieselbe sämtlichen Reisegeldzahlenden Mitgliedern zur Abstimmung unterbreitet werden wird, und ist meiner Ansicht nach die letztere Abstimmung bedeutend wichtiger als die erstere.

Besser wäre es gewesen, wenn Herr S. Bey, anstatt dem Vorstande zum Anfange der schwierigen Arbeit ein Mißtrauensvotum auszustellen, Material zur Vorlage eingekauft hätte, der Verband wäre ihm gewiß dankbar dafür gewesen.

Sollte Hr. Bey den Fehler erst gemerkt haben, nachdem das Resultat der Abstimmung bekannt gegeben wurde? Ich glaube nicht, denn die meisten Personale haben ihre Stimme ja öffentlich als ganze Körper abgegeben, es wäre also seine Pflicht gewesen, eher darauf aufmerksam zu machen, und nicht erst zu warten, bis es vorbei ist. Wenn Hr. Bey auf der Verbesserung des nur von ihm erkannten Fehlers bestehen will, möchte ich ihm den Rath ertheilen, sich an die bekannt gegebenen Personale zu wenden, um von ihnen die Zahl der abgegebenen Stimmen zu erfahren. Sollte dann bei der Zusammenstellung ein anderes Wahlergebnis sich ergeben, würden wir hier mit Freuden bereit sein, die Arbeit Anderen zu überlassen.

Wünscht Hr. Bey noch mehr Fragen in dieser Angelegenheit zu stellen, bitte brieflich sich an den Unterzeichneten zu wenden, da dieses Blatt doch gewiß ein anderes Ziel zu verfolgen hat.

Waldenburg, den 20. Novbr. 1876.

Karl Scholz I., in der deutschen Eiche.

Zur Klarstellung obiger Antwort.

Da der Verfasser der vorstehenden Antwort dieselbe nicht in einer besonderen Eigenschaft giebt, so werde ich mich im Nachstehenden nur an Hrn. Scholz in seiner Eigenschaft als Reisegeldzahler wenden und soll das Angeführte nur seiner Person gelten.

Zunächst will ich bemerken, daß ich mich mit der offenen Frage an den provisorischen Vorstand in Waldenburg-Altwasser gewandt habe, dem aber allem Anschein nach die Frage etwas unbequem ist und daher die Beantwortung einem andern überläßt.

Nicht erst bei Stellung der Frage wurde ich gewahr, daß ein Fehler vorgekommen sei, sondern die veröffentlichten Abstimmungsergebnisse der einzelnen Personale ließen dies deutlich erkennen. Jedoch konnte ich nicht ahnen, daß diejenigen, welche die Abstimmung herangezogen, zu überreden und das Resultat zu veröffentlichen hatten, einen derartigen Abstimmungsmodus, der höchstens noch in Krähwinkel seine Berechtigung hat, gestalten würden.

Wenn Sie, geehrter Hr. Scholz, nun der Ansicht huldigen, daß, wenn ein Theil einer Vereinigung durch Wahl mit der Ausführung eines Auftrags betraut werden soll, dann die übrigen Theile der Vereinigung zu einer so summarischen Abstimmung berechtigt sein sollen, so dürfte wohl eine derartige Anschauung zu jenen Eigenthümlichkeiten gehören, welche eines der größten Personale noch kurz vor der Veröffentlichung des Abstimmungsergebnisses als etwas sehr Berechtigtes betrachtete. In beregtem Personal hielt man es für widersinnig, daß der Antragsteller auch über seinen Antrag mit abstimmen sollte. Ebenso eigenartig ist Ihre Anschauung da über, daß Sie bezüglich der Abstimmung über die Vorlage die von mir bezeichnete Art von Abstimmung anerkennen, während Sie für die bereits vollzogene Wahl einen andern, und zwar recht reaktionären Modus für zutreffend erachten.

Daß es Ihnen gelungen ist, aus einer offenen Frage eines einzelnen Mitgliedes ein Mißtrauensvotum heraus zu kasshahiren, findet gewiß allgemeine Beachtung. Wenn ich mir dadurch, daß ich dem Vorstand kein Material gesandt habe, den Dank des Verbandes versichert habe, so muß ich dieses Mißgeschick schon mal hinnehmen. Da überhaupt die Möglichkeit nicht geboten war, sich durch einen Beitrag an der bevorstehenden Regelung zu betheiligen, indem der Vorstand ja nicht mal sich über die ihn leitenden Grundsätze ausgesprochen hatte, so kann man sich umso mehr über den verloren gegangenen Dank beruhigen. Der Rath, welchen Sie mir ertheilen, scheint mir der beste Beweis dafür zu sein, daß auch Sie erkannt haben, daß gleich in erster Linie ein großer Fehler gemacht worden ist. In der Regel empfiehlt man einem Andern dasjenige nachzuholen, was man selbst hätte thun sollen, jedoch kann man sich durch solche Mittel kasshahiren.

Esfern die Allgemeinheit sich mit dem auf diese Weise erhaltenen Resultat einverstanden erklärt, hat der Einzelne nicht die Berechtigung, es nicht anerkennen zu wollen, jedoch steht jedem Mitgliede das Recht zu, die Art und Weise, durch welche das Resultat zu Stande gekommen ist, einer

Zu wünschen ist nur, daß die weiteren Maßnahmen, welche zur Regelung der Reisegeldfrage erforderlich sind,

nicht in gleicher Weise gehandhabt werden, wie die vollzogene Wahl des Vororts.

Im Uebrigen muß ich noch bemerken, daß ich keine Veranlassung habe, in der Reisegeld-Angelegenheit, welche doch eine öffentliche ist, an Sie Fragen zu richten; zu diesem Zweck ist der Vorstand vorhanden.

Endlich hat dieses Blatt in dieser Angelegenheit das gleiche Ziel mit, wie Sie: die Regelung der Reisegeldfrage. Bey.

Vereinsangelegenheiten.

Althaldensleben. (Schluß.) Nachdem nun Redner seinen über zwei Stunden währenden, mit Beifall aufgenommenen sachlichen Vortrag beendet hatte, wurde noch Einiges von den Herren Fabrikbesitzern in Betreff des Lehrlingewesens u. s. w. angeführt und besprochen und endete alsdann die mit Beriedigung Aller aufgenommene Versammlung, welche sehr ruhig und parlamentarisch geführt worden war.

Alsdann versammelten sich noch die Reisegeldzahlenden Kollegen auf Antrag der Entscheidungskommission und wurde über die Angelegenheit betreffs der im Personal von Belhge u. Söhne aufgenommenen Ausgelernten diskutiert. Es wurde dem Beschluß der Entscheidungskommission nach längerer Debatte beinahe einstimmig zugestimmt. Weiter erstattete noch der Revisor Hr. D. Ganser den Althaldenslebener Vereinsmitgliedern Bericht über die Einnahmen und Ausgaben vom verfloffenen Quartal. Demnach war in der Ortsvereinskasse eine Einnahme mit Vortrag von 206 Mk. 68 Pf., eine Ausgabe von 119 Mk. 7 Pf., somit Bestand 87 Mk. 61 Pf. In der Kranken- u. Begräbniskasse war eine Einnahme mit Vortrag von 415 Mk. 68 Pf., eine Ausgabe von 290 Mk. 77 Pf., Baar-Bestand von 124 Mk. 91 Pf., 600 Mk. sind bei der Sparkasse Neuhaldensleben angelegt. Auf Antrag des Revisors wurde dem Kassirer Decharge ertheilt. Auf die an Herrn Bey gerichtete Anfrage, in welcher Weise die Gelder der Hauptkasse angelegt seien, erhielt die Versammlung befreiende Antwort. Hr. Bey nahm seinerseits Veranlassung, sich nach der Anlegung der Ortsvereinsgelder zu erkundigen und erhielt ebenfalls zufriedenstellenden Bescheid. Alsdann wurde Hr. Bey auf Antrag des Vorsitzenden durch Erheben von den Sizen der Dank der Versammlung abgestattet und die Versammlung um 7 1/2 Uhr geschlossen.

Der Ortsauschuß.

§ Moabit. Ortsversammlung am 16. Oktober 1876. Eröffnung der Sitzung Ab. 9 Uhr. Anwesend waren 25 Mitglieder. Da der Vorsitzende nicht anwesend ist, wird Hr. Fette mit der Leitung der Versammlung betraut. Nach Verlesung und Genehmigung des letzten Protokolls (in welchem berichtet wird, daß Hr. Richter seine Erklärung in der Schiedsgerichts-Angelegenheit nicht schriftlich, sondern mündlich abgegeben hat) erstattet Hr. Waigt an Stelle des durch eine andere Versammlung behinderten Hrn. Lenz I. Bericht über die Generalversammlung. In Anschluß daran wird zur Sprache gebracht, daß der Vertreter des Ortsvereins Moabit Hr. Haas-Schlierbach sich angeblich geweigert haben soll, seinen Wählern Bericht zu erstatten. Der inzwischen erschienene Vorsitzende Hr. Kern verliest den Brief des Hrn. Haas. Dieser äußert darin, er habe bereits an den andern, von ihm vertretenen Ortsverein berichtet, auch an den Ortsverein Moabit zu berichten, halte er jedoch weniger für seine Pflicht, da ihm von hier aus gar kein Material zugesandt sei, auch bei der Wahl sich nur 20 von über 70 Mitgliedern betheiligt hätten. In Bezug auf letzteren Punkt wird konstatiert, daß auch in Schlierbach (wo doch die Mitglieder enge zusammen wohnen, während dem Moabiter Ortsverein auch viele auswärtige Mitglieder u. s. w. angehören) von 43 Mitgliedern nur 19 zur Wahl erschienen seien; in Bezug auf den ersten Punkt aber, daß die Moabiter Anträge allerdings leider verspätet seien. Wie dem aber auch sei, so habe der Vertreter doch auf jeden Fall die Pflicht, seinen Wählern Bericht zu erstatten. (Schluß folgt.)

* Moabit. Generalrathssitzung Sonntag, d. 26. Nov., Vorm. 9 1/2 Uhr, bei Wittig. T. D.: 1) Beschlußfassung über die Einreichung des Kr.-Kassenstatuts. 2) Angelegenheit Flörsheim. 3) Festsetzung des Abonnements- und Sektionspreises der „Ameise“ vom 1. Jan. 1877.

Extra-Einladungen werden zu dieser Sitzung nicht versandt. Georg Lenz, Hauptschriftführer.

Gelesen ist erschienen:

Gewerkevereins-Leitfaden.

Eine Aufklärung für Jedermann über die

Ziele, Organisation und Leistungen der Deutschen Gewerkevereine, nebst Anleitung zur Gründung neuer Ortsvereine.

Von Dr. Max Firsch und Hugo Polle.

44 Seiten gr. 8. sauber broschirt. Preis: durch das Verbandsbüreau bezogen 40 Pfg.; auf 6 Exemplare 1 Freieemplar.